

Geiz ist nicht geil!

Wie ihre Parteigenossen im Bundestag legen auch die Stadtvertreter in Ueckermünde die Höhe ihrer monatlichen „Entschädigungen“ selber fest. Damit diese Vorgehensweise nicht so ausufert wie in der großen Politik, regelt das Innenministerium MV die Höchstsätze entsprechend den Einwohnerzahlen.

Die Einwohnerzahlen in Ueckermünde sind in den letzten Jahren stark rückläufig. Aktuell zählt unsere Stadt laut Monitoring weniger als 10.000 Einwohner. Würde man diese Zahl zugrunde legen, wären die jetzigen Entschädigungen viel zu hoch. Stadtpräsident Beduhn beispielsweise erhält derzeit mtl. 315,- EUR.

Bei einer 10.000-Einwohnergemeinde liegt der Höchstsatz allerdings bei 270,- EUR. Ähnlich verhält es sich mit den zwei stellvertretenden Bürgermeistern. Diese erhalten mtl. 198,- EUR. Der Höchstsatz würde hier 170,- EUR betragen.

Die NPD-Fraktion beantragte, die Entschädigungen aller ehrenamtlichen Stadtpolitiker entsprechend herunterzusetzen. Die dadurch frei werdenden Mittel von jährlich rund 2500,- EUR sollten Ueckermünder Sportvereinen als zusätzliche Hilfe zur Verfügung gestellt werden. „Geiz ist geil“, dachte da wohl der eine oder andere Stadtvertreter - der Antrag wurde abgelehnt.



Bürgermeisterin der Herzen?

Seit der jüngsten Zusammensetzung der Stadtpolitiker ist es amtlich: Heidi Michaelis ist wieder Bürgermeisterin. Ein Blick auf das Wahlergebnis verrät indes, daß

das Vertrauen in das Stadtoberhaupt in den letzten Jahren stark schrumpfte. Im Gegensatz zu 2003 gaben ihr in diesem Jahr fast 500 Ueckermünder weniger die Stimme. Das „Spitzener-

gebnis“ von 87,1 % kann also nicht darüber hinwegtäuschen, daß fast 6.000 Ueckermünder zu Hause blieben und nur jeder vierte Wahlberechtigte Michaelis wählte. Arme Demokratie!



Marko Müller

Werte Ueckermünder,

seit einem Jahr begleiten wir aktiv die Kommunalpolitik in unserer Stadt und schon in diesem kurzem Zeitraum wurde bestätigt, daß der Großteil der „alteingesessenen Stadtvertreter“ nicht gewillt ist, Politik für Ueckermünde, sondern gegen die NPD zu machen. Anders ist es nicht zu verstehen, daß die Ansiedlung eines Kinderarztes oder die Einführung eines Einschulungsgeldes von den übrigen Stadtverantwortlichen blockiert wurden.

Doch auch wenn unsere Anträge keine Mehrheiten finden, hat sich gezeigt, wie wichtig allein unsere „Ideegebung“ sein kann. Einige der abgelehnten Anträge wurden von der Verwaltung oder von anderen Fraktionen übernommen und fast eins zu eins umgesetzt. Auch wenn sich jetzt andere mit fremden Federn

schmücken, haben wir in diesen Fällen unser Ziel erreicht.

Seit unserer Anwesenheit ist es unmöglich, unbequeme und für die Einwohner nachteilige Entscheidungen wie Geheimnisse zu behandeln. Wir sorgen dafür, daß die Öffentlichkeit informiert wird.

Um den öffentlichen Druck weiter zu verstärken, initiierten wir eine Kampagne unter dem Motto: „Bürgernähe stärken!“. Damit wollen wir erreichen, daß sich Ueckermünder leichter an politischen Entscheidungen beteiligen können und so die Politikverdrossenheit in unserer Stadt abnimmt. Alle Vorschläge diesbezüglich wurden abgelehnt.

Aus gutem Grund, wie man am Beispiel Begrüßungsgeld für Neugeborene sehen kann. Nahezu klammheimlich wurde in den Ausschüssen über die Abschaffung der Familienunterstützung beraten. Wir als NPD stellten uns von Anfang an als einzige Fraktion gegen die Streich-

pläne. Wahrscheinlich ist es diesem Umstand zu verdanken, daß die „alteingesessenen“ Stadtvertreter aus Angst vor öffentlichen Protesten das Begrüßungsgeld erstmal „nur“ auf 150,- EUR gekürzt haben.

Ein ähnlicher Fall steht mit der Einführung einer Hallennutzungsgebühr für Sportvereine bevor. Auch hier wird versucht werden, entsprechende Beschlüsse ohne großes Aufsehen durch Ausschüsse und Stadtvertretung zu peitschen.

Deshalb fordern wir Sie, werte Ueckermünder, auf, soweit möglich, an Ausschuß- und Stadtvertreter-sitzungen teilzunehmen und Ihre Meinungen kundzutun. Nur so können wir erreichen, daß mit Ihnen zusammen über Probleme und Lösungen beraten wird, anstatt nur über Ihre Köpfe hinweg, wie es in den letzten Jahren häufig getan wurde (Garagenabriß, Verkehrspoller, usw.).

Ihr Marko Müller
- *Fraktionsvorsitzender* -

Der nächste **BÜRGERSPRECHTAG** findet am 06.09.2010 im NPD-Bürgerbüro statt. Sie erreichen uns auch unter: 039771/ 544358 oder fraktion-uem@npd-mv.de



Soziale Belange auf dem Abstellgleis

Sparen, sparen, sparen lautet die Devise. So jedenfalls wollen es uns Berufspolitiker vom Bundestag bis hin zur Bürgermeisterin Michaelis weismachen. Die jüngste Haushaltsdebatte in den Ausschüssen und in der Stadtvertretung stand ganz unter diesem Zeichen:

► Zuschüsse zu den Hafftagen, dem Weihnachtsmarkt, dem Schloßhofkonzert und zum Dorffest in Bellin wurden gestrichen.

► Ein Eintrittsgeld für Volkssolidaritätsbesucher im Freizeitzentrum wurde erhoben.

► Der letzte Bauabschnitt des Schafbrückweges wurde verschoben.

► Das Begrüßungsgeld wurde erheblich gekürzt.

► Auf Vorschlag der CDU wurde das länger geplante und von der Verwaltung als für so dringlich empfundene Feuerwehreinsatzfahrzeug für dieses Jahr gestrichen.

► Weiter schlugen die Christdemokraten vor, die



Einführung einer Hallennutzungs- und einer Parkplatzgebühr zu überprüfen.

► Die Zuschüsse für Vereine, die Hafennutzungsgebühr, die Kosten für die Bibliothek und die Gebühren für den Straßenreinigungs- und Winterdienst sollen auf Geheiß der CDU auf Sparmöglichkeiten durchforstet werden.

► Über das Museum, die Parkplatzsanierung am Friedhof (Vorschlag der LINKEN), das Freizeitzentrum, das Altstadtfest, den Zuschuß zur Volkssolidarität, Vereinssportlehrer, den Bauhof und über das Verwaltungspersonal wurde und soll sich zukünftig unterhalten werden.

Unsere Meinung:

Sparen ja, aber an richtiger Stelle. Jeder Luxusprunkbau á la Schloß und Bahngleisverlängerung bedarf eines immensen finanziellen Eigenanteils. Da könnte man zukünftig sparen und nicht auf dem Rücken der Einwohner und der Vereine unserer Stadt.

Außerdem ist es eine Frechheit, vom Sparen zu reden, während sich die Parteigenossen von Arnim Beduhn (CDU), Andreas Texter (CDU), Heidi und Thomas Michaelis (LINKE) und Alexander Erinski (SPD) in Berlin sowie Schwerin ständig die Diäten erhöhen und unser Steuergeld in der ganzen Welt verteilen.

Bürgernähe stärken - Teil 3: Bürgersprechstunde unter freiem Himmel durchführen!



Der Volksmund sagt, daß Probleme dafür da sind, um sie auf den Tisch zu packen und auszudiskutieren. Die Realität sieht jedoch anders aus. Immer wieder muß man hören, daß „die da oben“ ja sowieso alles entscheiden und der „Kleine“ nichts mehr zu sagen hat. Plagen Sie sich eventuell auch mit einem Problem herum, daß Sie am liebsten aus der Welt schaffen wollen, scheuen aber den unliebsamen Gang in das Rathaus? Wie einfach und bequem wäre da eine Bürgermeisterin, die direkt auf der Straße ein offenes Ohr hätte?

„Die Bürgermeisterin gehört regelmäßig auf die Straße, um direkt vor Ort zu sehen, zu hören und mitzuerleben, welche Probleme die Bürger beschäftigen“, eröffnete Marcus Neumann (NPD) seine Rede zum Antrag, eine Bürgersprechstunde unter freiem Himmel abzuhalten. Er beantragte, diese Sprechstunde wenigstens quartalsweise auf dem Wochenmarkt durchzuführen; der direkte Kontakt zur Bevölkerung wäre so garantiert. Neben den Ueckermündern hätten auch viele Urlauber die Möglichkeit,

mit dem Stadtoberhaupt ins Gespräch zu kommen.

Die „demokratischen“ Stadtpolitiker halten diese Form von Bürgernähe hingegen für überflüssig und lehnten den Antrag ab. Was in einigen Gemeinden schon praktiziert wird, ist also nach Ansicht der Versagerparteien in Ueckermünde überflüssig, obwohl das Beispiel Pasewalk deutlich

zeigt, wie sinnvoll solch eine Sprechstunde sein kann. Dort führt der Bürgermeister schon seit Jahren eine Sprechstunde auf dem Markt durch. Mehr als 600 Anliegen wurden besprochen und oftmals sofort geklärt. Für uns Ueckermünder dagegen bleibt nach wie vor nur der Weg ins Rathaus oder der Griff zum Telefon.

Im Namen der Kinder: DANKE!

Die Parteioberen um Bürgermeisterin Michaelis (LINKE) entschieden wie in den vergangenen Jahren, auch diesmal eine kinderfeindliche Gebühr von den Veranstaltern des Kinderfestes zu fordern. Insgesamt mußten wieder 1.000,- EUR aufgebracht werden, um das Kinderfest überhaupt erst durchführen zu können.

Und das, obwohl an diesem Tag alles kostenfrei angeboten wurde. Wir bedanken uns bei allen kinderfreundlichen Ueckermündern, die mit ihren zahlreichen Spenden dazu beitrugen, diesen Tag entgegen dem Willen der Stadtverantwortlichen zu einem unvergessenen Erlebnis für alle Kinder gemacht zu haben.

Das Letzte: Dumm, dümmer, CDU

Vor einem halben Jahr beantragte die NPD die Überprüfung aller Stadtvertreter auf hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für die Staats-

sicherheit. Abgelehnt! Fünf Sitzungen später beantragte die CDU dieselbe Überprüfung. Diesmal bekam der Antrag die Mehrheit.